

VERÄNDERTER HUMANISMUS

„Ein Bündel schriftlicher Geständnisse“ nannte ein Sprecher der West-Berliner Kriminalpolizei die Unterlagen, die in der Wohnung des am 19. Juli auf dem Flughafen Tempelhof verhafteten Ex-Kommunarden Dieter Kunzelmann, 31, gefunden wurden. Durch den gesammelten Schriftwechsel will die Staatsanwaltschaft nachweisen, daß der Verhaftete ein Hauptbeteiligter oder Anführer einer Anarcho-Terroristengruppe ist, die nach Ansicht der Berliner Polizei für Brand- und Bombenanschläge verantwortlich war.

In einem Leitz-Ordner, den die Polizei bei der Durchsuchung der Kunzelmann-Wohnung sicherstellte, fand sich unter anderem ein nicht unterschriebener Brief vom 25. Mai 1970, der nach Ansicht der Polizei von Fritz Teufel stammt:

„Lieber Ede Ben Otto (Ede — so die Staatsanwaltschaft — ist der Spitzname für Kunzelmann, Ben hat in arabischen Namen die Bedeutung „Sohn des...“, Otto ist der Vorname von Kunzelmanns Vater). Der Wetter (es handelt sich nach Meinung der Behörden um Reinhard Wetter) braucht Grundrisse von den Berliner Gefängnissen. Ich kriege nicht mehr zusammen, bin schon zu lange draußen... habt ihr noch Kontakt mit Rudi?“ (Nach Angaben der Staatsanwaltschaft ein Spitzname von Horst Mahler).

In einem 36 Seiten langen handschriftlichen Brief äußerte sich der Kunzelmann-Freund Georg von Rauch, 22, zur Frage der Gewaltanwendung:

„Jedenfalls ist besondere Beachtung auf die Sabotage zu legen. Überhaupt sind diese Aktionen der wichtigste Motor im Stadt-Guerilla-Kampf. Wir begreifen uns als 5. Kolonne im Kampf an der ersten Front. Gerade für die verschiedenen Bereiche müssen die Zellen der Guerilla geschult und über die ganze Stadt verteilt werden... Nur die entschlossene Haltung für den Guerillakrieg und die Strategie des bewaffneten Kampfes werden die richtigen politischen Entscheidungen hervorbringen... Auch müssen wir dazu kommen, tags regelrechte Kommandoaktionen zu machen. Diese neue Form wird in den Augen der Bevölkerung wichtig sein... Wir müssen soweit kommen, direkt mit El Fatah und Black Panther zu arbeiten... Molotow-Cocktails werfen muß im Grunewald geübt werden.“

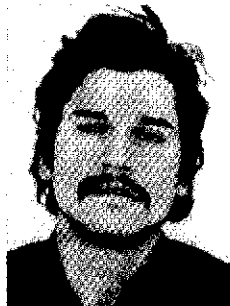
Weiter beschreibt Rauch in seinem Brief den Überfall einer Gruppe von Kunzelmann-Freunden auf den damaligen „Quick“-Reporter Horst Rieck am 6. Januar dieses Jahres. Die Anarchisten-Gruppe hatte vermutet, daß Rieck Unterlagen über ihre Tätigkeit besitze. Rieck mußte nach dem Überfall mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus gebracht werden. Georg von Rauch:

„... so blöde. Tierisch. Fremde Hilfe rufen hören, so richtig Lebensangst (er hat ja auch geglaubt, wir wollten ihn umbringen. So wie wir drauf waren. Durch das große Geschrei hat er ja auch gar nicht unrecht gehabt) ... Meines Erachtens ist das der Grund des Scheiterns der ganzen Aktion, daß wir ihn wie einen Menschen behandelt haben, zugeredet, ihn schließlich nicht total gefesselt und nochmal, als er sich erholt, noch eins überge-

zogen haben... Max hatte die einzig richtige Tat in dem Durcheinander getan: ein ordentliches Stück Glas dem Kerl übergezogen, dann noch zur Flasche gegriffen und mehrmals fest zugeschlagen... Ich glaube, Susanne (laut Staatsanwaltschaft Susanne Plambeck) oder wer wehrte ab und sagte zu Max: Nicht, nicht. Das ist zwar richtig, weil es nicht im Konzept besprochen war, aber es war der Situation angemessen, was Max tat. Wir müssen uns klar werden, daß bei solchen Aktionen unser Humanismus sich verändern wird... Lehre: Das Humansein müssen wir, muß ich einfach liquidieren in solchen Situationen.“

Während des Abfassens dieses Briefes muß von Rauch den „Überfall“ so nacherlebt haben, daß er Kunzelmann schreibt:

„Ich bin jetzt wieder so drin in der Aktion, daß ich den Rieck umbringen möchte. Das wird überhaupt so 'ne Sache mit dem Zusammenschlagen — also doch Karate — oder...“ (es folgt die Skizze einer Pistole).



von Rauch

JENSEITS DES USSURI. Wirtschaftsminister Schiller will die Ostpolitik seines Kanzlers mit weiterer Liberalisierung osteuropäischer Importe in die Bundesrepublik unterstützen. Durch Rechtsverordnung soll in dieser Woche verfügt werden, daß für 4202 von insgesamt 7008 statistischen Positionen der Warenliste künftig von Ostimporteuren keine Einfuhrgenehmigungen mehr eingeholt werden müssen. Diese sogenannte De-jure-Liberalisierung war acht Wochen lang vom Bundesverband der deutschen Industrie wegen der von ihm vertretenen Interessen heimischer Produzenten abgelehnt worden. In der letzten Woche gab die Industrie-Lobby ihren Widerstand auf, nachdem sie dem Ministerium das Versprechen abgehandelt hatte, das Preisprüfungsverfahren bei Ostimporten zu verschärfen, um Dumping zu verhindern. Besonderheit der neuen Handelsfreiheit: sie gilt nicht nur für die fünf Ostblockländer Polen, CSSR, Ungarn, Bulgarien und Rumänien, mit denen längerfristige Handelsabkommen bestehen oder verhandelt werden, sondern — so Schillers abgedankter Staatssekretär Klaus Dieter Arndt — für alle „Staatshandelsländer diesseits und jenseits des Ussuri“.

DRÜCKEBERGER. Bonns SPD-geführte Regierung ist in den Widerspruch zwischen Kapital und Politik geraten. Am Donnerstag letzter Woche bekräftigte das Bundeskabinett trotz heftiger Proteste aus dem schwarzen Afrika seinen Beschluß, durch Bürgschaften in Höhe von 400 Millionen Mark die Firmen Siemens, AEG, BBC, Voith und Hochtief beim Bau des „Cabora Bassa“-Staudamms in der portugiesischen Kolonie Mozambique zu fördern. Entwicklungs-Minister Erhard Eppler (Jungsozialisten-Jargon: „Drückeberger vom Dienst“) entzog sich der Kabinetts-Diskussion. In Zukunft will das Kabinett „von Fall zu Fall“ (Regierungssprecher Ahlers) prüfen, ob politische Bedenken gegen Auslands-Bürgschaften für die deutsche Industrie vorgebracht werden. Vor dieser Entscheidung wird das linksliberale Kabinett bald stehen: Die Frankfurter „Uran-Gesellschaft“ will eine 200-Millionen-Investitionsgarantie zur Ausbeutung der Uran-Vorkommen in den portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique sowie im angrenzenden Südafrika beantragen. Die Beamten im federführenden Wirtschaftsministerium sind für die Bürgschaft, das Entwicklungsministerium hat Bedenken. Epplers Staatssekretär Karl-Heinz Sohn hatte noch letzten Donnerstag bekannt, „daß wir eine Geschäftspolitik deutscher Firmen akzeptieren müssen, die mit der Ordnungsvorstellung der Bundesrepublik im Einklang steht“.